

[Startseite](#) | [Basel](#) | Hochschulfinanzierung: Bundesrat lässt Basel im StichAbo **Universität Basel finanziell unter Druck**

## Bundesrat zeigt den beiden Basel die kalte Schulter

Der Bundesrat ist nicht dazu bereit, die Nichtuniversitätskantone zu verpflichten, für ihre Studierenden angemessene Beiträge zu leisten.

**Thomas Dähler**

Publiziert: 06.09.2026, 11:51



Nur die Hochschulkantone finanzieren die Plätze ihrer Studierenden an der jeweiligen Universität vollständig.

Foto: Raisa Durandi



### In Kürze:

- Der Bundesrat lehnt eine stärkere Beteiligung der Nichtuniversitätskantone an den Hochschulkosten ab.
- Baselland finanziert als einziger Nichtuniversitätskanton seine Studierenden an der Uni Basel vollständig.
- Elf Baselbieter Gemeinden fordern per Initiative eine faire Beteiligung aller Kantone.
- Das Kantonsgericht entscheidet diese Woche über die Gültigkeit der Gemeindeinitiative.

Der Bundesrat sieht keine Möglichkeit, die Universitätskantone für ihre Ausbildungsleistung besser zu honorieren. Die vor allem kleineren Kantone ohne Universität weigern sich bisher standhaft, Studierende aus ihren Kantonen besser zu unterstützen. Einzige Ausnahme: der Kanton Baselland, der 2007 zweiter Trägerkanton der Universität Basel geworden ist. Das kategorische Nein zu einer Änderung der heutigen Praxis durch den Bundesrat erhöht die Aussicht, dass der Kanton Baselland die Beiträge an die Universität Basel per Volksabstimmung massiv nach unten korrigiert. Die von den Gemeinden gegen die heutige Finanzierung lancierte Initiative ist nicht chancenlos.

Als einziger Nichtuniversitätskanton finanziert der Kanton Baselland seine Studierenden an der Universität Basel vollständig – mehr noch: Er subventioniert auch Studierende aus Nichtuniversitätskantonen. Doch obwohl beide Basel heute Träger der Universität Basel sind, verweigert die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK) dem Kanton Baselland bis heute den Status eines Universitätskantons. Das könnte sich rächen: Im Baselbiet steigt der Druck, per Volksentscheid die finanzielle Beteiligung des Landkantons an der Universität Basel auf das Niveau anderer Nichthochschulkantone zu senken.

## Bundesrat will sich nicht einmischen

Der Bundesrat lehnt eine höhere Beteiligung der Nichtuniversitätskantone an den Kosten der zehn kantonalen Universitäten ab. Er begründet dies mit der föderalistischen Zuständigkeit der Kantone für die Hochschulausbildung. Zwar könnte der Bund gemäss der Bundesverfassung die Kantone dazu verpflichten, mehr zur Finanzierung der Hochschulen beizutragen. Doch dies «ändert nichts an der Tatsache, dass die Kantone hauptverantwortlich dafür bleiben, Fragen der interkantonalen Zusammenarbeit unter sich zu regeln», schreibt die Landesregierung in ihrer Antwort auf eine Interpellation des Baselbieter Nationalrätin Florence Brenzikofer (Grüne).



Beim Bundesrat nicht auf Verständnis gestossen: Nationalrätin Florence Brenzikofer.

Foto: Matthias Spicher (20min)

Auf eine gleichzeitig zusätzlich eingereichte zweite Interpellation führt der Bundesrat seine Argumentation aus: «Durch ein Eingreifen des Bundes zum Ausgleich der Restkosten der Trägerkantone

würde eine auf interkantonaler Ebene angesiedelte Verantwortung in den Zuständigkeitsbereich des Bundes verlagert. Dies wäre auch angesichts des bestehenden finanziellen Engagements des Bundes für den gesamten Hochschulbereich nicht zu rechtfertigen.» Damit stellt sich der Bundesrat auf die Seite der Trittbrettfahrerkantone, die in der EDK in der Mehrheit sind.

Letztmals hat der Kanton Baselland 2020 versucht, die Kantone solidarisch für die Finanzierung der Universitäten zu gewinnen. Doch die Nichtuniversitätskantone setzten sich bei der Verabschiedung der nur leicht angepassten Interkantonalen Universitätsvereinbarung (IUV) durch.

## **Auswärtige Billigstudierende**

Heute bezahlen die Herkunftskantone zwischen 43 und 49 Prozent der tatsächlichen Aufwendungen. Gemäss dem Trägermodell der EDK müssen die Trägerkantone die Infrastrukturkosten allein tragen. Und bei den Forschungskosten werden nur 85 Prozent auf alle Kantone aufgeteilt.

Die Universität Basel wurde 2025 mit insgesamt 770 Millionen Franken finanziert. 180 Millionen Franken bezahlte der Standortkanton Basel-Stadt, 166 Millionen Baselland als zweiter Trägerkanton und 71 Millionen die übrigen Kantone. Dazu kamen Studiengebühren, Projektgelder und Bundessubventionen. Bei der Zahl der Studierenden ist es umgekehrt: 2048 Studierende kommen aus Basel-Stadt, 2815 aus Baselland und 4887 aus der übrigen Schweiz.

Dass sich Basel stärker engagiert als die übrigen Nichtuniversitätskantone, verdankt die Universität Basel einem Staatsvertrag. Dieser ist im Baselbiet seit Jahren unter Druck. Die Kritiker monieren, der Univertrag zementiere ein Ungleichgewicht zwischen den beiden Basel. Basel-Stadt sei finanzkräftiger, habe einen Standortvorteil und profitiere erst noch bei den Mieteinnahmen für die Ungebäude. Würde Baselland seine Studierenden gleich wie die übrigen Nichtuniversitätskantone finanzieren, fehlten der Universität Basel

jährlich 125 Millionen Franken – ein Betrag, der wohl nur mit der Schliessung mehrerer Fakultäten wettgemacht werden könnte.

Die Gemeinden Bennwil, Diegten, Diepflingen, Eptingen, Hersberg, Lampenberg, Oltingen, Rümlingen, Rünenberg, Wenslingen und Zunzgen haben deshalb [die Initiative «für eine faire Beteiligung aller Kantone an der Universität Basel»](#) eingereicht. Die Initiative verlangt, dass der Kanton Basellandschaft den Vertrag mit Basel-Stadt kündigt und einen neuen Vertrag mit allen Kantonen anstrebt, die Studierende an der Uni Basel haben.

## **Kantonsgericht entscheidet diese Woche**

Der Landrat indes hat die Initiative [teilweise für ungültig erklärt](#). Die Kündigung eines Staatsvertrags sei nicht über einen Beschluss an der Urne möglich, da ein solcher gemäss der Kantonsverfassung der Regierung vorbehalten sei. Die Initianten bestreiten dies und führen dagegen Beschwerde. Das Kantonsgericht wird diese Woche darüber entscheiden.

Die Oberbaselbieter Gemeinden sind jedoch auch auf einen negativen Gerichtsentscheid vorbereitet. Sie haben eine zweite Initiative in Reserve. Diese Initiative würde verlangen, dass Baselland die Universität Basel in gleichem Masse wie auch andere Kantone mitfinanziert.

Der amtierende Baselbieter Bildungsdirektor Markus Eigenmann ist gewillt, beide Gemeindeinitiativen zu bekämpfen. Der BaZ sagte er bei früherer Gelegenheit, die Finanzierungsprobleme müssten im Interesse der Region gemeinsam mit Basel-Stadt gelöst werden.

Hätten die Gemeinden mit einer Initiative Erfolg, wäre dies für die Uni Basel verheerend. Dem im Stich gelassenen Kanton Basel-Stadt verbliebe nur noch die Option, an den Bund zu gelangen. In der Antwort auf die Interpellation von Nationalrätin Brenzikofer lässt der Bundesrat diese Hintertür allerdings ausdrücklich offen. Der Bundesrat brauche für einen Meinungsumschwung einen Antrag eines betroffenen Kantons und einen Beschluss der Bundes-

versammlung. Doch: Bislang sei es noch nie vorgekommen, dass Kantone mit Hinweis auf den entsprechenden Artikel der Bundesverfassung an den Bundesrat gelangt seien.

---

NEWSLETTER

### **Guten Morgen Basel**

Erhalten Sie die wichtigsten und spannendsten News aus der Region, der Schweiz, der Welt und dem Sport.

Weitere Newsletter

Abonnieren

---

**Thomas Dähler** ist Journalist und publiziert seit 2013 Beiträge in der BaZ.

Mehr Infos

Fehler gefunden? Jetzt melden.

36 Kommentare